

## Beschluss Leistung anerkennen, Gerechtigkeit schaffen: bessere Bedingungen für Alleinerziehende

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 21.06.2026  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

### Antragstext

1 In Deutschland leben offiziell 1,7 Millionen Alleinerziehende - mehrheitlich  
2 Frauen - mit minderjährigen Kindern. Das betrifft fast jede fünfte Familie in  
3 NRW, inoffiziell noch mehr.

4 Alleinerziehende tragen die Verantwortung für Familie, Einkommen und  
5 Fürsorge – und werden dennoch stigmatisiert und strukturell benachteiligt. Diese  
6 Benachteiligung trifft auch ihre Kinder und führt zu einer hohen  
7 Armutsgefährdung trotz enormer Leistung und einer hohen Erwerbsquote. Mit einem  
8 Armutsrisiko von 43 % sind sie so stark von Armut betroffen wie keine andere  
9 Familienform. Diese Armut ist kein vorübergehender Zustand, sie setzt sich  
10 strukturell in Altersarmut fort. Unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeit und  
11 unbezahlte Care-Arbeit wirken sich direkt auf Rentenansprüche aus.  
12 Hunderttausende ältere Frauen, die ihre Kinder bereits allein großgezogen haben,  
13 tragen diese Folgen heute: als Rentnerinnen in Altersarmut. Alleinerziehende  
14 Mütter sind häufiger von Armut betroffen als alleinerziehende Väter. Dies liegt  
15 u.a. daran, dass alleinerziehende Väter häufiger mit älteren Kindern  
16 zusammenleben, und an der ungleichen Verteilung von Care-Arbeit und Beruf vor  
17 Trennungen.

18 Dies zeigt: Es braucht endlich politische und gesetzliche Rahmenbedingungen, die  
19 Alleinerziehende stärken, ihre Leistung anerkennen und echte Gerechtigkeit  
20 schaffen.

21 BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN NRW setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen für  
22 Alleinerziehende auf Landes- und Bundesebene zu verbessern:

23 Für ein sicheres Leben ohne Gewalt: Für Kinder und ihre Mütter

24 Jeden Tag werden in NRW fast 100 Frauen Opfer von (Ex-)Partnerschaftsgewalt.  
25 Besonders gefährlich sind Schwangerschaft und Trennungsphase. Fast jeden zweiten  
26 Tag wird in Deutschland eine Frau von einem (Ex-)Partner getötet, oft sind  
27 Kinder involviert, nicht selten werden auch sie zu Mordopfern.

28 Frauen mit Kindern sind besonders von (Ex-)Partnerschaftsgewalt gefährdet, da  
29 sie oft in ökonomischer Abhängigkeit leben und gewaltausübende Väter nach der  
30 Trennung bspw. durch Umgang und Familiengerichtsverfahren weiterhin Kontrolle  
31 über gewaltbetroffene Frauen ausüben können. Frauen ohne deutsche  
32 Staatsbürgerschaft sind dabei besonders vulnerabel, durch aufenthaltsrechtliche  
33 Unsicherheiten und die Angst vor dem Verlust des Aufenthaltsstatus oder der  
34 Kinder. Daher braucht es dringend die vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-  
35 Konvention.

36 • Gewaltschutz muss immer Vorrang vor Umgangs- und Sorgerechtsansprüchen  
37 haben, denn auch die Kinder sind hier Opfer der Gewalt. Von einem Kind

38 miterlebte Gewalt gegen seine Mutter ist eine spezielle Form der  
39 Kindesmisshandlung und widerspricht dem Kindeswohl.

- 40 • Nicht nur die Justiz, sondern auch Behörden wie das Jugendamt, das  
41 Jobcenter oder Sozialamt müssen dringend zu allen Formen der  
42 Partnerschaftsgewalt, Machtdynamiken und Täterstrategien sensibilisiert  
43 werden.
- 44 • Um Frauen vor Zwangskontrolle gewaltausübender Väter zu schützen, muss  
45 außerdem weiterhin - anders als von der Bundesregierung geplant - das  
46 alleinige Sorgerecht bei nicht-verheirateten Müttern gelten, solange keine  
47 Sorgeerklärung abgegeben wurde.

48 Wohnen: für jede Familie ein gutes Zuhause

49 Die aktuelle Wohnungskrise trifft Alleinerziehende, deren Armutrisiko bei 43%  
50 liegt, besonders hart. Dabei ist für das psychische Wohlbefinden von Kindern und  
51 ihrem Elternteil eine geeignete Wohnung in einem sicheren Mietverhältnis als  
52 stabiler Rückzugsort essenziell. Mit dem Thema Wohnen gehen viele andere  
53 Herausforderungen und Lösungen einher, wie bspw. die Unterstützung durch  
54 Gemeinschaft und Nähe zu Infrastruktur.

55 Wir setzen uns ein für

- 56 • eine gezielte Vergabe von öffentlich gefördertem Wohnraum an  
57 Alleinerziehende.
- 58 • die Vorhaltung von öffentlich gefördertem Wohnraum für gewaltbetroffene  
59 Frauen, die aus der gemeinsamen Wohnung mit dem Partner oder einem  
60 Frauenhaus ausziehen wollen/müssen.
- 61 • gemeinschaftliche Wohnformen für Alleinerziehende. Beispielsweise durch  
62 die öffentliche Förderung gemeinschaftlicher Wohnprojekte für  
63 Alleinerziehende und den Abbau von Benachteiligung bei Transferleistungen  
64 und der Steuerklasse für Alleinerziehende, die in eine Wohngemeinschaft  
65 ziehen.
- 66 • Beim Zuschnitt neuer Bauvorhaben von öffentlich gefördertem Wohnraum und  
67 Genossenschaften müssen die Anforderungen von Ein-Eltern-Familien, also  
68 kostengünstige, kompakte Wohnungen mit einem Schlafzimmer für jede Person,  
69 berücksichtigt werden. Eine von der Fläche her passende Wohnung ist oft so  
70 geschnitten, dass es nicht genügend Schlafzimmer gibt, da Wohnungen immer  
71 noch für Singles, Paare und Paarfamilien geplant werden. Bei der Vergabe  
72 von Sozialwohnungen muss die Zahl der Zimmer ausschlaggebend sein, auch  
73 bei jüngeren Kindern, nicht lediglich die Zahl der Quadratmeter.

74 Unterhaltsvorschuss reformieren: Kinderrechte stärken

75 Wenn ein unterhaltspflichtiger Elternteil den Unterhalt nicht zahlt, geht der  
76 Staat in Vorleistung und gewährt einen Mindest-Unterhaltsvorschuss, der laut  
77 Gesetz vom zahlungspflichtigen Elternteil zurückgezahlt werden muss. Das  
78 Unterhaltsvorschussgesetz sowie die Praxis der unzureichenden Rückforderung sind  
79 derzeit höchst ungerecht und benachteiligen vor allem Alleinerziehende und ihre

80 Kinder. Wir werden uns dafür einsetzen, dass jedes Kind die ihm rechtlich  
81 zustehenden finanziellen Mittel bekommt, indem

- 82 • das Kindergeld nicht mehr, wie in der bisherigen Regelung, vollständig vom  
83 Unterhaltsvorschuss abgezogen wird.
- 84 • der Anspruch des Kindes auf Unterhaltsvorschuss analog zum  
85 zivilrechtlichen Unterhaltsanspruch
  - 86 ◦ bei erneuter Heirat der alleinerziehenden Person bestehen bleibt.
  - 87 ◦ bis zum Abschluss der ersten Berufsausbildung besteht.
  - 88 ◦ auch nach dem 12. Lebensjahr nicht vom Einkommen des betreuenden  
89 Elternteils abhängt. Alleinerziehende brauchen keine Arbeitsanreize,  
90 sondern ihre Kinder brauchen den Lebensstandard, der ihnen zusteht,  
91 auch nach dem 12. Lebensjahr!
- 92 • die Rückgriffquote, die aktuell bei nur 17% liegt, auf  
93 unterhaltspflichtige Elternteile deutlich erhöht wird. Dazu soll eine  
94 Reform zwischen Bund, Ländern und Kommunen erarbeitet und eine nationale  
95 Inkassostelle nach dem Vorbild des BAföG-Amts eingerichtet werden.
- 96 • die Antragstellung für den Unterhaltsvorschuss vereinfacht, schneller und  
97 unbürokratischer erfolgt. Insbesondere darf bei Antragstellung nicht von  
98 der Alleinerziehenden eine finanzielle Vorleistung im Rahmen gerichtlicher  
99 Verfahren, beispielsweise zur Feststellung der Vaterschaft, verlangt  
100 werden.
- 101 • langfristig die Holschuld der Alleinerziehenden durch eine Bringschuld des  
102 zahlungspflichtigen Elternteils ersetzt wird. Das heißt, ein Elternteil,  
103 das nicht zahlt, muss den Staat um den Vorschuss bitten. Tut er dies  
104 nicht, ist automatisch auch die o.g. Inkassostelle zuständig.

105 Diskriminierung bekämpfen: Gleichstellung fördern

106 Obwohl Alleinerziehende extrem viel leisten, erleben sie an vielen Stellen  
107 strukturelle Diskriminierung, sei es durch Gesetze oder andere Strukturen und  
108 gesellschaftliche Erwartungen. Daher fordern wir

- 109 • die Aufnahme der Familiensituation ins Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz  
110 (AGG), inklusive des Status „alleinerziehend“ für effektiven Schutz vor  
111 Benachteiligung im Beruf, bei der Wohnungssuche und im Alltag.
- 112 • dass die Hürden, Diskriminierung zu beweisen, gesenkt werden und die Frist  
113 zur Geltendmachung von Ansprüchen verlängert wird. Damit sollen mehr  
114 Betroffene befähigt werden, sich zu wehren. So kann Diskriminierung  
115 wirklich geahndet und durch Präzedenzfälle wirksam entgegengewirkt  
116 werden.
- 117 • eine faire Besteuerung. Aktuell werden Alleinerziehende in Deutschland  
118 steuerlich etwa doppelt so stark belastet wie im OECD-Durchschnitt. Sie

- 119 versorgen mindestens ein Kind, das nicht arbeiten kann und werden  
120 gegenüber verheirateten Paaren aus zwei Erwachsenen steuerlich massiv  
121 benachteiligt. Stattdessen sollen Alleinerziehende, insbesondere mit  
122 geringem Einkommen, entlastet werden, beispielsweise durch eine  
123 Steuergutschrift.
- 124 • Eine Familienversicherung, die alle Familienmodelle berücksichtigt.
  - 125 • dass bei jeder Kindergelderhöhung der SGBII-Regelsatz für Kinder in  
126 gleicher Höhe steigt.
  - 127 • volle Lohnfortzahlung für Eltern kranker Kinder. Die Lohneinbußen durch  
128 Kinderkranktage treffen Alleinerziehende besonders. Damit Eltern die  
129 Gesundheit ihres Kindes und anderer schützen können, müssen diese auch bei  
130 Krankheit der Kinder, analog zur eigenen Krankheit, volle Lohnfortzahlung  
131 bekommen.
  - 132 • Ermöglichung von politischer Teilhabe durch familienfreundliche  
133 Strukturen, um ein Mandat ausüben zu können. Der politische Betrieb muss  
134 Rücksicht auf Betreuungsrealitäten nehmen. Die eigene politische  
135 Beteiligung von Alleinerziehenden ist nicht nur wichtig für eine gerechte  
136 Teilhabe, sondern stellt auch sicher, dass bei der Gesetzgebung die  
137 Interessen der Alleinerziehenden berücksichtigt werden.
  - 138 • dass der Umgang mit einem anderen Elternteil bei der Berechnung von  
139 Ansprüchen nicht zu finanziellen Nachteilen führt. Stattdessen sollen die  
140 finanziellen Mehrbelastungen durch Umgang berücksichtigt werden.

#### 141 Leistung muss sich wieder lohnen: Care Arbeit anerkennen

- 142 Alleinerziehende leisten unglaublich viel und opfern ihre eigene soziale  
143 Absicherung oftmals dafür, für ihre Kinder da zu sein. Sie leisten mit ihrer  
144 Erziehungsarbeit einen erheblichen gesellschaftlichen Beitrag. Gleichzeitig gibt  
145 es eine massive Gerechtigkeitslücke. Daher schlagen wir vor,
- 146 • für jedes Jahr der Hauptsoorgeverantwortung für minderjährige Kinder  
147 zusätzlichen Rentenanspruch zu gewähren
  - 148 • Arbeitgeber sollen verpflichtet werden, innerhalb der betrieblichen  
149 Möglichkeiten die Vereinbarkeit von Alleinerziehenden durch Flexibilität  
150 und Planbarkeit zu ermöglichen.
  - 151 • Einen Rechtsanspruch für Alleinerziehende auf Vorrang bei der Vergabe von  
152 Betreuungsplätzen einzuführen.
  - 153 • Für ältere Frauen, die in der Vergangenheit als Alleinerziehende Kinder  
154 aufgezogen haben und heute von Altersarmut betroffen sind, eine  
155 rückwirkende Höherbewertung von Erziehungszeiten in der Rentenberechnung  
156 einzuführen sowie bestehende Rentenansprüche durch ergänzende Leistungen  
157 aufzustoßen.
  - 158 • Die informelle Betreuungsleistung von Großeltern für Kinder  
159 Alleinerziehender rentenrechtlich anzuerkennen und niedrigschwellige  
160 Entlastungsangebote für betreuende Großeltern bereitzustellen, denn

161 Großeltern sind in der Praxis die häufigste informelle Stütze  
162 alleinerziehender Familien und opfern dafür oft eigene Rentenansprüche.

163 Als gleichwertige Familienform wollen wir die Lebensrealität von  
164 Alleinerziehenden - in engem Austausch mit der Zivilgesellschaft - in allen  
165 Bereichen unseres politischen Handelns mitdenken, um strukturelle  
166 Benachteiligung einzudämmen.